

SCHWEIZER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Im Fokus:
Corona

«Einer für alle – alle für einen»

Die Schweiz durchlebt schwierige Wochen, und schwierige Monate stehen uns noch bevor. Mehr denn je ist jetzt die FDP gefordert. Die Gedanken unserer Parteipräsidentin Petra Gösli zur Corona-Krise.

Seiten 4 und 5

So erleben unsere Bundesräte Corona

In der Corona-Krise stehen auch unsere freisinnigen Bundesräte an vorderster Front. Im Interview erzählen Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis, wie sie damit persönlich umgehen und in welchen Bereichen sie nun ganz besonders gefordert sind.

Seite 6

Vorwärtsstrategie ist alternativlos

Die Auswirkungen des Coronavirus auf die Schweiz sind schwerwiegend. Die Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft sind immens. Fraktionspräsident Beat Walti zeigt auf, was es jetzt braucht, damit die Schweiz möglichst schnell aus der Krise findet.

Seite 8

Kommen Sie an den FDP-Wandertag!



Seite 24

Gemeinsam gegen Corona

Gemeinsam weiterkommen.

Das Coronavirus ist eine riesige Herausforderung für die ganze Schweiz. Wirksam bekämpfen können wir es nur alle gemeinsam. Und auch die wirtschaftlichen Folgen von Corona werden wir noch sehr lange spüren. Umso wichtiger ist nun, dass wir gemeinsam Verantwortung übernehmen für die Zukunft der Schweiz. Vorwärts!

Inhalt

- 3 Digitaler Stammtisch
- 4/5 Petra Gössi zu Corona
- 6 Unsere Bundesräte
in der Corona-Krise
- 7 Ein wissenschaftliches
Netzwerk für Krisenlagen
- 8 Die Vorwärtsstrategie
ist alternativlos
- 9 Corona trifft Start-ups hart
- 10 Erste gesundheitspolitische
Lehren aus Corona
- 11 Page latine:
Transition numérique
- 12 RADIGAL: Eine kurze Geschichte
der Gleichberechtigung
- 13 FDP International:
Grenzen schliessen?
- 14 Jungfreisinnige: Update
zur Kündigungsinitiative
- 15 FDP Service Public: Staats-
angestellte während Corona
- 16 FDP Frauen:
Interview mit Doris Fiala
- 17 Abstimmungen:
Neue Kampfflugzeuge
- 18 Abstimmungen:
Kündigungsinitiative
- 19 Mentoring: Alain Bai zum
Rahmenabkommen
- 20 Freisinnige im Portrait:
Pflege und Corona
- 21 Umweltpolitik:
FDP hält Versprechen
- 22 Update zur Renteninitiative
- 23 Homeoffice:
Auch nach Corona eine Option



Liebe Freisinnige

Die Schweiz, wir alle, ist mit der grössten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert. Die wegen Corona getroffenen Massnahmen bedeuten einen gewaltigen Einschnitt in unser Leben, unsere Freiheit, unser Einkommen. Doch sie sind richtig – denn man muss den drohenden Kollaps des Gesundheitssystems verhindern.

Nun müssen wir zusammenstehen. Das gibt uns die Gelegenheit, zu beweisen, dass die Schweiz ihren Gemeinsinn und ihren Willen gerade auch in Krisenzeiten bewahrt. Insbesondere möchte ich allen Menschen herzlich Danke sagen, die unter Einsatz der eigenen Gesundheit dafür kämpfen, Menschenleben zu retten und unser Land am Laufen zu halten. Ihr seid Helden, die Schweiz ist stolz auf euch!

Langfristige Strategie ist gefragt

Ich schreibe diese Zeilen Anfang April, damit wir diese Ausgabe des «Freisinns» rechtzeitig in den Druck geben können. Wenn Sie dies lesen, ist die Situation vielleicht schon wieder eine andere. Sicher ist aber: Die aktuellen und die kommenden wirtschaftlichen Herausforderungen sind immens!

Unzählige Arbeitsplätze und Existenzen stehen vor einer ungewissen Zukunft. Es droht nicht nur der Kollaps des Gesundheitswesens, sondern auch der gesamten Wirtschaft. Darum haben wir den Bundesrat in einem offenen Brief zum Handeln aufgefordert. Die getroffenen Massnahmen sind richtig und wichtig – aber sie sind kurzfristig. Bereits im letzten August haben wir eine langfristige Vorwärtsstrategie vorgelegt. Genau das ist es, was

wir brauchen, um die Wirtschaft wieder in die Gänge zu bekommen.

Mensch im Fokus

Wir alle müssen in der nächsten Zeit mit einer erheblichen Ungewissheit leben. Dies ist nicht die Zeit der Eigeninteressen, sondern des Zusammenhalts. Es ist nicht die Zeit von unbedachten oder populistischen Forderungen, sondern des Anpackens. Wir Freisinnige werden Verantwortung übernehmen, wie wir das schon immer getan haben. Handeln wir entschlossen, aber auch besonnen – immer mit dem Menschen im Fokus.

Natürlich liegt unser Schwerpunkt in diesem «Freisinn» auf dem Coronavirus. Wir befassen uns aber nicht nur mit der Krise selbst, sondern suchen auch Auswege aus der Krise. Und bei allem Leid: Womöglich bietet uns die Pandemie auch wichtige Erkenntnisse und sogar Chancen.

So oder so: Wir alle werden unglaublich froh sein, das Leben und die Freiheit dereinst wieder richtig geniessen zu können. Vorfreude ist bekanntlich die schönste Freude – und so möchte ich Sie schon jetzt herzlich einladen, das Leben und den Gemeinsinn am nationalen Wandertag der FDP am 29. August im Berner Oberland gemeinsam mit mir zu feiern. – Bleiben Sie gesund. Gemeinsam kommen wir weiter!

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Digitale FDP-Stammtische trotz Corona

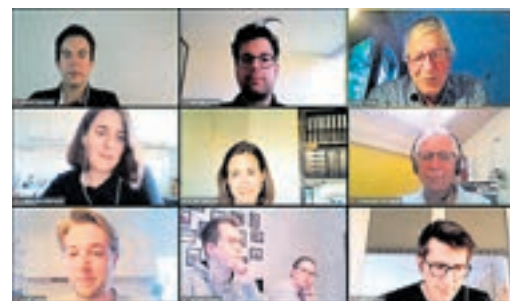
Aus Krise mach Chance!

Das Coronavirus stellt uns alle vor neue und grosse Herausforderungen. Unsere Leben haben sich verändert, Geschäfte sind geschlossen, zwischenmenschliche Kontakte werden auf das Nötigste eingeschränkt. Auch Stammtische, die einen festen Platz in der Schweizer Politikultur hatten, an denen informiert und debattiert wurden, finden wegen Corona nicht mehr statt. Hier schaffen wir mit digitalen Stammtischen Abhilfe und machen aus der Krise eine Chance.

Wegen Corona treffen sich die Leute nicht mehr, das Diskussions- und Informationsbedürfnis leidet. Doch gibt es auch Chancen. Der Schriftsteller Max Frisch sagte es so: «Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.» Er hat damit Recht. Wie in jeder Krise gibt es auch hier positive Nebeneffekte, beispielsweise auf beruflicher Ebene: Die Agenda lässt mehr Zeit für strategisches Denken, da Termine annulliert werden und an Videomeetings nur das Wichtigste diskutiert wird. Und wir sind gezwungen, kreativer und effizienter zu arbeiten. Plötzlich entdecken wir neue Organisationsmöglichkeiten. Arbeiten im Homeoffice wird selbst dort möglich, wo es noch vor wenigen Wochen undenkbar war.

Die digitalen Stammtische funktionieren gut

Alles das, was bis vor wenigen Wochen noch mit «Geht nicht!» abgestempelt wurde, funktioniert auf einmal doch, muss auf einmal funktionieren. Und auch beim Stammtischproblem haben wir mit einer intelligenten Lösung Abhilfe geschaffen. Seit Beginn des Lockdowns bietet die FDP einen unkomplizierten, menschlichen und politischen digitalen Austausch. Wir organisieren digitale Stammtische, an denen Personen miteinander politisieren können. Die Rededisziplin ist erstaunlich hoch sowie auch der Umgang mit den unterschiedlichen Argumenten sehr respektvoll, was mich als Leiterin eines solchen Stammtisches positiv überraschte.



An den digitalen Stammtischen via Zoom nehmen regelmässig Dutzende Interessierte teil.

Für mich wie auch für einige Teilnehmende war es der erste Videocall, an welchem sie teilnahmen. Doch das spielte keine Rolle, denn die Hürden waren schnell abgebaut – die momentan anspruchsvolle Situation erlaubte uns, der Digitalisierung mutig zu begegnen, wie es bis vor kurzem noch undenkbar gewesen wäre. Die vielen Sichtweisen auf die unterschiedlichsten Themen riefen mir zudem in Erinnerung, dass wir die politische Debatte mehr schätzen sollten, denn sie ist nicht selbstverständlich und ist gerade in Krisen auf dem Prüfstand. Gerne werde ich mich wieder an den digitalen Stammtisch setzen, eine Übersicht über die nächsten Stammtische finden Sie in der Agenda auf der FDP-Website.

Maja Riniker, Nationalrätin AG

Der Einsatz unserer Basis während Corona

Gemeinsinn in Aktion

Viele FDP-Mitglieder und Jungfreisinnige engagieren sich in dieser schwierigen Zeit für die Gemeinschaft. Wir zeigen einige schöne Beispiele des gelebten Gemeinns aus unserer Basis.

Jede und jeder von uns kann in diesen schwierigen Zeiten mithelfen, damit wir als Gesellschaft die Corona-Krise möglichst gut überstehen. An erster Stelle stehen natürlich: zu Hause bleiben, Hygieneregeln befolgen und genügend Distanz zum Gegen-

über einhalten. Viele unserer FDP-Mitglieder haben aber noch andere kreative Wege gefunden, um zu helfen: So haben etwa Nicole Nüssli-Kaiser und Rico Berchtold von der FDP Basel-Landschaft gemeinsam eine App für ihre Gemeinde Allschwil

entwickelt, die dem lokalen Gewerbe eine Plattform und den Kunden Übersicht sowie Information bietet – eine wichtige lokale Stütze in der Krise. Viele Jungfreisinnige und FDP-Mitglieder erledigen für Risikogruppen den Einkauf. Der Lenzburger FDP-Stadtrat Andreas Schmid ist mit einem Spitalbataillon der Armee gegen Corona im Einsatz, und Nicolas Rimoldi sorgt in der Migros dafür, dass die Menschen auch in der Krise mit allem Nötigen versorgt sind. Diese Freisinnigen stehen stellvertretend für alle Menschen, die sich jetzt täglich und unter schwierigen Bedingungen für das Gemeinwohl engagieren. Das ist Gemeinnsinn. Wir sind stolz auf jeden Einzelnen und sagen Danke!



Nicolas A. Rimoldi in der Migros.



Nicole Nüssli-Kaiser mit der entwickelten App.



Andreas Schmid, Kommandant der Spit Stabskp 66, im Aktivdienst gegen Corona.



Auch die FDP Lugano ist für Risikogruppen unterwegs.



Die Schweiz durchlebt schwierige Wochen, und schwierige Monate stehen uns noch bevor. Mehr denn je ist die FDP gefordert – wir übernehmen gerade in solchen Zeiten Verantwortung, leben den Gemeinsinn und sorgen für Fortschritt. Ich beleuchte im Folgenden verschiedene Aspekte der Corona-Krise.

Wir erleben momentan so denkwürdige wie schwierige Wochen. Die Schweiz, wir alle, sind mit der grössten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert. Der Bundesrat hat am 16. März die ausserordentliche Lage gemäss Epidemien-gesetz ausgerufen, worauf das öffentliche Leben in der Schweiz grossteils heruntergefahren wurde. Geschäfte, Restaurants, Schulen mussten vorübergehend schliessen.

Das Leid und die Verunsicherung werden noch andauern. Die vom Bundesrat getroffenen Mass-

nahmen waren und sind zwar richtig, aber sie bedeuten auch einen gewaltigen Einschnitt in unser privates Leben, in unsere Freiheit und in vielen Fällen auch in unser Einkommen. Klar ist aber auch, dass es jetzt eine Strategie braucht, wie wir aus dieser Situation wieder herauskommen.

Existenzen stehen auf dem Spiel

Das zeigen auch die vielen Kontakte mit Menschen, die ich seit Beginn der Krise über Mail oder Telefon hatte. Zum Teil spürt man Ungläubigkeit, zum Teil Unverständnis über die Tragweite der Massnahmen, aber vor allem immer viel Verunsicherung. An erster Stelle steht die unmittelbare Sorge um die Gesundheit von Familie, Freunden und Liebsten. Aber nach und nach drängen nun auch Sorgen um die Folgen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stillstands an die Oberfläche: Wann wird das Leben wieder in «geordnete Bahnen» zurückkehren? Komme ich finanziell und wirtschaftlich über

die Runden? Was mache ich mit meinen Angestellten, für die ich in all den Jahren ein fürsorglicher und fairer Chef war? Viele Menschen werden nun von existenziellen Fragen geplagt.

Wir können noch immer nicht vollständig absehen, wie sich die Situation weiterentwickeln wird. Der Bundesrat hat bisher richtig gehandelt. Er ist aber jetzt gefordert, unmissverständlich und klar aufzuzeigen, wann und wie wir unser Land wieder in eine normale Lage zurückführen können. Anfang April habe ich gefordert, dass Schulen und Geschäfte – unter zwingender Einhaltung der geltenden Hygiene- und Abstandsregeln – so bald wie möglich wieder geöffnet werden sollen. Wichtig ist auch, dass das Parlament seine Arbeit bald wieder aufnehmen kann. Trotzdem: Unsicherheit wird uns in den kommenden Monaten weiterhin begleiten. Daraus müssen und werden wir das Beste machen.

Der Mensch im Fokus

In unserer Bundesverfassung steht geschrieben: «Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.» Die schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft sind vom neuen Coronavirus besonders bedroht. Deshalb müssen wir alle für eine bestimmte Zeit auf viele unserer gewohnten Freiheiten verzichten, auch wenn uns dies manchmal schwerfällt. Dabei dürfen wir nie aus den Augen verlieren, dass es primär darum geht, unser Ge-

Corona hat auch die Produktion dieser «Freisinn»-Ausgabe beeinflusst. Der Redaktionsschluss war am 8. April und entsprechend mussten die Texte in Unkenntnis der weiteren Entwicklung verfasst werden. Wir bitten Sie um Verständnis. Bleiben Sie gesund!

sundheitssystem vor dem Kollaps zu bewahren. Jetzt ist Gemeinsinn gefragt. Das Wohl der Schwachen steht im Vordergrund. Wir alle müssen unsere Verantwortung übernehmen, denn das sind wir unseren Mitmenschen schuldig. Nicht umsonst prangt in der Kuppel des Bundeshauses die Inschrift «unus pro omnibus – omnes pro uno» – «Einer für alle – alle für einen». Daher freut es mich besonders, zu sehen, dass überall in der Bevölkerung und gerade auch in unserer Basis grossartige und innovative Aktionen entstehen, um sich gegenseitig zu helfen. Das ist gelebter Gemeinsinn.

Verantwortung auf allen Ebenen

Die Verantwortung tragen wir aber auch auf einer anderen Ebene. Der Bundesrat hat zugesichert, dass er allen Betroffenen schnell und unbürokratisch finanzielle Hilfe zukommen lassen wird. Auch den selbstständig Erwerbstätigen und den geschäftsführenden Inhabern von Klein- und mittelgrossen Unternehmungen. Hier kann auch der Kanton eine wichtige Funktion übernehmen und gezielt Hilfe leisten, wo es trotz der Unterstützung des Bundes nötig sein wird. Und es gibt noch eine Solidarität, die mindestens so wichtig ist: Wir sollten nach Möglichkeit darauf verzichten, uns online mit Konsumartikeln aus dem Ausland einzudecken. Es lohnt sich zu warten, bis unsere Einzelhändler und regionalen Geschäfte wieder öffnen. So kann jeder Einzelne dabei helfen, diese Krise zu bewältigen.

Rasche und unbürokratische Hilfe für alle Betroffenen ist unbedingt notwendig. Glücklicherweise leben wir in einem Land, in dem wir diese Hilfe leisten können, weil genügend Geld vorhanden ist – auch deshalb, weil die Schweiz dank der freisinnigen Idee der Schuldenbremse ihre Finanzen gut im Griff hat. Das ist jetzt überlebenswichtig und sollte gleichzeitig eine Warnung an all jene sein, die sich nun für bedingungslose Grundeinkommen und andere sozialistischen Träumereien stark machen. Auch eine Warnung haben jene erhalten, welche die Armee abschaffen wollen, führt uns die Krise doch schonungslos vor Augen, wie dringend wir auf eine funktionierende Milizarmee angewiesen sein können. Auch die Abschottungsfantasien von rechtskonservativer Seite wurden entlarvt. Denn wir sehen nun ganz konkret, welche immensen Kosten geschlossene Grenzen nach sich ziehen.

Vorwärtsstrategie ist alternativlos

Klar ist: Corona wird eine wirtschaftliche Krise nach sich ziehen, die wir in diesen Dimensionen bisher nicht kannten. Um den innovativen, starken Wirtschaftsstandort Schweiz so schnell wie möglich wieder aufbauen zu können und alle Menschen wieder mit Arbeitsplätzen und besten Perspektiven auszurüsten, braucht unser Land zuerst eine Ausstiegsstrategie (siehe Box) und dann eine wirtschaftliche Vorwärtsstrategie. Bereits letzten

Die Ausstiegsstrategie der FDP, präsentiert am 15. April 2020

- **Testing und umfassender Schutz** von gefährdeten Gruppen
- **Effizienz und Flexibilität im Gesundheitssystem** in und nach der Krise
- **Digitalisierung** in allen Bereichen
- Der Bund nimmt in seiner Regulierung **Rücksicht** auf kantonale und regionale Gegebenheiten
- **Bewegungsfreiheit an der Grenze**
- Kinderbetreuung sicherstellen und **Schulen wiedereröffnen**
- **Geschäfte** unter Einhaltung der Hygieneregeln **wieder öffnen**
- **Massnahmen des Bundes weiterentwickeln**: Rasche finanzielle Unterstützung für Härtefälle unter den indirekt betroffenen selbstständig Erwerbenden. Missbräuche bei Krediten verhindern und prioritäre Rückführung der Hilfskredite sicherstellen.
- **Langfristige Massnahmen**, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen: Konsequente Umsetzung der **FDP-Vorwärtsstrategie** vom August 2019. Langfristig braucht die Schweiz zudem eine vorausschauende Steuerstrategie.

Mehr Informationen auf www.fdp.ch/coronavirus

August haben wir eine solche vorgestellt: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Digitalisierung sind konsequent zu stärken, Wettbewerbsnachteile abzuschaufen und der bilaterale Weg muss gesichert werden. Das ist kein «nice to have», sondern eine Frage der Verantwortung gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern.

Jeder Einzelne gestaltet mit

Diese ausserordentliche Situation wird uns in verschiedenster Hinsicht prägen, und die Aufarbeitung wird viele wichtige Lehren bereithalten: Seitens Politik werden wir uns zum Beispiel ernsthaft mit dem Epidemiengesetz oder den Pflichtlagern auseinandersetzen müssen. Und wir haben die Digitalisierung voranzutreiben, gerade auch beim Bund. Auf individueller Ebene werden viele Menschen feststellen, dass ihnen Homeoffice eine neue Welt eröffnet,

die sie zu mehr Kreativität führt. Andere werden merken, dass sie für ihr Leben einen anderen Inhalt wünschen. Und wieder andere werden dankbar sein, sich einfach in ihrem gewohnten Leben wiederzufinden. Aber eines finde ich am allerwichtigsten: Jeder Einzelne von uns gestaltet die Gemeinschaft und unser gemeinsames Leben mit. Manchmal müssen wir uns zwar Weisungen fügen, die in ihren Auswirkungen nicht immer angenehm sind. Aber wenn wir im Kleinen dafür sorgen, dass wir die Ziele erreichen, gelingt uns das auch im Grossen und in der Gemeinschaft. Das ist Leadership, das im Kleinen anfängt und im Grossen Früchte trägt. Von diesen werden wir alle profitieren können.

Petra Gössi, Küssnacht
Nationalrätin und Parteipräsidentin
FDP.Die Liberalen



Hoffentlich bald wieder Realität ohne Social Distancing: Petra Gössi im Gespräch an einem Tag der FDP.

Gemeinsam gegen die Krise

So erleben unsere Bundesräte Corona

In der Corona-Krise stehen auch unsere freisinnigen Bundesräte an vorderster Front. Im schriftlichen Interview erzählen Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis, wie sie damit persönlich umgehen und in welchen Bereichen sie nun ganz besonders gefordert sind.

Wie betreffen Sie die Einschränkungen wegen Corona persönlich?

BR Ignazio Cassis (IC): Auf der familiären Ebene gibt es spürbare Einschränkungen: Zwischenmenschliche Kontakte sind rar geworden, mit meiner Mutter darf ich nur noch telefonieren. Aber wie in jeder Krise gibt es auch positive Nebeneffekte, insbesondere auf beruflicher Ebene: Die Agenda lässt mehr Zeit für strategisches Denken, da Termine annulliert werden. Und wir sind gezwungen, kreativer und effizienter zu arbeiten. Plötzlich entdecken wir neue Organisationsmöglichkeiten.

BR Karin Keller-Sutter (KKS): Auch mein Leben hat sich sehr verändert. Meine persönlichen Kontakte habe ich auf das Nötigste eingeschränkt, und Sitzungen finden praktisch ausschliesslich über Skype statt. Es gibt eine Ausnahme: Der Bundesrat trifft sich wie üblich zu seinen Sitzungen, wobei er die BAG-Empfehlungen berücksichtigt. Die Corona-Krise beschäftigt mich und die anderen Mitglieder des Bundesrates fast rund um die Uhr. Und die Si-

tuation kann sich sehr schnell verändern: Was heute noch gewiss scheint, kann morgen schon völlig überholt sein. Das spüren wir alle im Bundesrat.

Woran arbeiten Sie zurzeit am intensivsten?

IC: Im Bundesrat arbeiten wir ständig an Lösungen für den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung und der Wirtschaft unseres Landes. Auch der Alltag in meinem Departement ist anders: Wir haben einen Krisenstab, rund 80 Prozent der Leute sind im Homeoffice. Viele Mitarbeitende im Ausland müssen wegen der Corona-Krise zum Teil unter noch schwierigeren Verhältnissen als üblich arbeiten. Wir setzen alles daran, um Tausende Schweizer nach Hause zu holen sowie um die nötigen Warentransporte und die Bewegungsfreiheit von Grenzgängern sicherzustellen, insbesondere in sensiblen Bereichen wie dem Gesundheitssystem. Darüber hinaus pflegen wir den Kontakt mit anderen Ländern, um uns gegenseitig zu unterstützen und globale Lösungen für die Krise voranzubringen.

KKS: Mein Departement ist stark gefordert. Wir haben wichtige Entscheide wie die Grenzschiessungen vorbereitet und sind in alle rechtlichen Fragen rund um die Covid-Verordnung involviert. Zudem ist für mich als EJPD-Vorsteherin zentral, dass die Kernfunktionen der Institutionen, der Justiz, des Asylsystems aufrechterhalten bleiben. Wichtig ist für mich auch, dass wir gestützt auf Fakten und mit Augenmass über notwendige Massnahmen entscheiden. Die Einschränkungen dürfen nicht weitergehen als nötig. Dafür setze ich mich ein. Für mich als liberale Bundesrätin ist es nicht einfach, die Freiheit der Menschen so stark einzuschränken. Aber wir befinden uns in einer «ausserordentlichen Lage» und müssen die Menschen in unserem Land schützen. Der Staat, die Gesellschaft, wir alle müssen stark sein und uns auf das gemeinsame Ziel konzentrieren.

Was hat Sie in den letzten Wochen besonders berührt?

IC: Mich beeindruckt die Fähigkeit der Bevölkerung, verantwortlich und solidarisch zu reagieren. Mich berührt die interkantonale Solidarität trotz der unterschiedlichen Betroffenheit durch die Pandemie. Aber auch die kollektive Schwierigkeit, eine rationale Sicht der Krise beizubehalten und über verhältnismässige Massnahmen zu entscheiden.

KKS: Es berührt mich sehr, wie verantwortungsvoll unser Land diese Krise angeht. Ich war im Rheintal am Grenzübergang Au und habe die Firma SFS besucht. In dieser Exportregion arbeiten viele Grenzgänger. Hier sieht man ganz konkret, wie wichtig das Zusammenspiel zwischen Gesundheit, Grenzkontrollen und Arbeitsplätzen ist. Besonders nahe geht mir auch die Schliessung der vielen Geschäfte. Ich bin selbst in einem Restaurant aufgewachsen und weiss, was das für die eigene Existenz bedeutet. Die Konsequenzen für die Wirtschaft sind schon heute gravierend. Ich bin aber überzeugt, dass unser Land die Stärke hat, um die Krise zu meistern.



BR Ignazio Cassis an einer Medienkonferenz im Tessin.



Karin Keller-Sutter am Grenzübergang Au SG.



Netzwerk für Krisenlagen

Ein Vorschlag beyond Corona

In ausserordentlichen Lagen kommen plötzlich neue und grosse Herausforderungen in verschiedensten Bereichen auf uns zu – so auch bei Corona. Umso wichtiger wäre die Schaffung eines wissenschaftlichen Netzwerks, das Wissen und Know-how bündelt und Entscheidungsgrundlagen für die Behörden zur Verfügung stellen kann.

Die Corona-Krise wirft viele gesundheitsrelevante Fragen auf, gefolgt von Herausforderungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Generell macht uns diese Krise bewusst, dass wir einerseits funktionierende Notorganisationen brauchen und haben, andererseits auf wissenschaftliche Erkenntnisse angewiesen sind. Hier geht es um viel mehr als um Epidemiologie, nämlich um Erkenntnisse für ausserordentlichen Lagen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Das in der Schweiz hohe Forschungsniveau mit vielen hervorragenden Institutionen hat das Potenzial, einen wichtigen Beitrag zu leisten – beyond Corona.

Wissenschaftliche Task-Force

Um dieses Potenzial zu nutzen, hat der Bundesrat Ende März 2020 ein wissenschaftliches Beratungsgremium (Task-Force) eingesetzt, in welchem die ganze Hochschullandschaft mit Forscherinnen und Forschern vertreten ist. Dieses konzentriert sich primär auf die Gesundheitsaspekte rund um Covid-19. Das, was der Bundesrat zur einberufenen Task-Force zu Covid-19 erklärt, kann allgemeine Geltung für andere Krisenlagen beanspruchen (aus

der Medienmitteilung vom 31. März 2020): «Die Schweizer Wissenschaftsgemeinschaft hat ein hohes Potenzial, den Ausgang dieser Krise positiv zu beeinflussen, sei es durch Forschung, Bildung oder Wissenstransfer.»

Wissenschaftliches Know-how für ausserordentliche Lagen

Je länger die Krise dauert, desto mehr kommen wirtschaftliche und soziale Frage- und Problemstellungen auf. Es sind Herausforderungen, bei welchen wir auf gesicherte Erkenntnisse, Grundlagenforschung, praxisorientierte Forschung und das Zusammenwirken von Wissenschaft, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft angewiesen sind. Die wissenschaftlichen Fragestellungen gehen also

weit über Fragen der Epidemiologie und Gesundheit hinaus – also auch insofern beyond Corona. Der Bedarf an wissenschaftlich fundiertem Know-how wurde nun durch ein Virus und die damit verbundene Krise ausgelöst. Auslöser können aber auch Naturereignisse, Kriege oder andere Katastrophen sein. Auf staatlicher Ebene wird jeweils von ausserordentlicher Lage gesprochen. Wie erwähnt, stellen sich existenzielle Fragen auf gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene, welche besondere Massnahmen und Verhalten erfordern.

Künftiges interdisziplinäres Netzwerk

Aus diesen Gründen braucht es gebündelte Kompetenzen und wissenschaftlich basierte Grundlagen – interdisziplinär und für alle ausserordentlichen Lagen. Diese als Entscheidungsgrundlagen für Be-



Matthias Michel: «Wissenschaftlicher Austausch ist gerade in Krisenlagen wichtig.»

hörden zu erarbeiten und nach Bedarf weitere Aufträge entgegenzunehmen, wäre die Aufgabe eines festen Netzwerks oder Kompetenzzentrums. Vorstellbar ist einerseits ein Grundauftrag des Staates oder einer im Zusammenwirken mit Privaten (Public Private Partnership), welcher präventiv Erkenntnisse für verschiedene ausserordentliche Lagen bereitstellt und andererseits ein erweiterter Auftrag, um je nach aktuellem Bedarf das nötige Know-how schnell und nach jeweiliger Situation schwerpunktmässig anzubieten. Unter Einbindung aller forschenden Institutionen unseres Landes wäre dieses Netzwerk oder Kompetenzzentrum nicht erst im Notfall ad hoc zu bilden, sondern es wäre eine bestehende Plattform, auf welche rechtzeitig zurückgegriffen werden kann.

Matthias Michel, Ständerat, Zug

«Hier geht es um viel mehr als um Epidemiologie, nämlich um Erkenntnisse für ausserordentliche Lagen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat.»



Vorwärtsstrategie ist alternativlos

Wie die Schweiz aus der Krise findet

Die Auswirkungen des Coronavirus auf die Schweiz sind schwerwiegend. Auch wenn die gesundheitlichen Risiken hoffentlich bald eingedämmt sind, warten massive längerfristige Herausforderungen auf uns: die immensen Folgen für Wirtschaft und Wohlstand. Um möglichst schnell aus der Krise zu finden, braucht die Schweiz eine konsequente Vorwärtsstrategie.

Die Folgen des Corona-Lockdown für gewisse Betriebe und die Folgen der behördlichen Einschränkungen für die Gesamtwirtschaft sind beträchtlich. Nebst Kurzarbeit und Einnahmeausfällen wird eine steigende Arbeitslosigkeit kaum zu vermeiden sein. Es ist daher dringend notwendig, dass mit der hoffentlich baldigen Lockerung der behördlichen Massnahmen Reformen umgesetzt werden, welche die Unternehmen entlasten und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Mit den Arbeitsplätzen wird so auch der Wohlstand in der Schweiz gesichert.

Bundesrat hat richtig gehandelt

Der Bundesrat hat rasch reagiert und Soforthilfen für die Wirtschaft versprochen. Die FDP hat dies begrüsst und den Bundesrat am 18. März in einem

offenen Brief zu schneller und umfassender Hilfe für die Betroffenen aufgefordert und die wichtigsten Handlungsfelder markiert. Seither hat der Bundesrat richtigerweise ein umfangreiches Massnahmenpaket mit Soforthilfen gegen die Corona-Krise geschnürt, um der Wirtschaft in dieser beispiellosen Krise zu helfen. Gefordert waren schnelle, flexible und funktionierende Antworten für tausende KMU und Selbstständigerwerbende, welche in diesen Tagen vor existenziellen Problemen stehen. Die Stützungsmaßnahmen entsprechen unseren Forderungen weitestgehend, namentlich bei der Sicherung der Liquidität von Unternehmen und zur Unterstützung von Selbstständigerwerbenden, ihren mitarbeitenden Familienmitgliedern, Lernenden oder Betriebsinhabern.

Die Massnahmen des Bundesrats sind insgesamt ein vertretbarer Kompromiss zwischen «unkompliziert» und «massgeschneidert». Das ist letztlich das Entscheidende – Vorrang hat in einer solchen Krise schnelle und unbürokratische Hilfe. Ein Swiss Finish, der zu spät kommt, nützt nichts.

Was kommt danach?

Die Lage ist nun weiterhin mit höchster Aufmerksamkeit zu verfolgen. Dort, wo es Probleme gibt oder Branchen zwischen Stuhl und Bank fallen, ist zu prüfen, ob nachjustiert werden muss. Im Vordergrund steht aber das Ziel, die Unsicherheit für alle möglichst bald zu beenden. Sobald es die gesundheitliche Lage erlaubt, müssen Schritte zur Normalisierung eingeleitet werden, und die Unternehmen (aller Grössen) müssen Planungssicherheit für die Zukunft erhalten.

Klar ist aber auch: Die Massnahmen des Bundesrates sind als Soforthilfe zu verstehen. Langfristig ist für die FDP entscheidend, dass der Bundesrat für die Zeit nach dieser Krise die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz pflegt und stärkt – und damit die Produktivität und Widerstandsfähigkeit der Unternehmen. Denn nur eine gesunde Wirtschaft, ein solider Finanzhaushalt und gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen für normale Zeiten ermöglichen es unserer Gesellschaft, eine solche Krise erfolgreich zu meistern.

Vorwärtsstrategie für die Wirtschaft

Der Bundesrat muss sich bereits jetzt intensiv mit der langfristigen Strategie beschäftigen. Denn noch wichtiger als kurzfristige Überlebenshilfe ist, dass die Wirtschaft nach dem Rückschlag rasch wieder stark und konkurrenzfähig wird – die FDP fordert dafür entsprechende Rahmenbedingungen.

Nur mit einer gesunden Wirtschaft sind wir im Stande, auch eine nächste Krise erfolgreich zu meistern und den Wohlstand zu erhalten. Wenn das Schlimmste der Corona-Krise überstanden ist, braucht es dringend ein Fitness-Programm für



unsere Volkswirtschaft. Die von der FDP im August 2019 vorgelegte Vorwärtsstrategie für den Wirtschaftsstandort Schweiz ist damit aktueller denn je (siehe nachfolgende Box) – sie erscheint aus heutiger Sicht schon fast wie eine Vorahnung auf die aktuellen Ereignisse. Es ist aber auch klar, dass es gerade in dieser aussergewöhnlichen Lage weitergehende Deregulierungen und Entlastungen für Unternehmen braucht – im Sinne einer Investition in die langfristige Prosperität unseres Landes und den Wohlstand der Bevölkerung. Zu denken ist dabei an eine Reduktion der Steuer- und Abgabelast, die Flexibilisierung des Arbeitsrechts oder die zusätzliche Förderung von Forschung und Innovation. Packen wir die Chancen, die die Zukunft bietet.

Beat Walti
Nationalrat ZH und Fraktionspräsident

Das fordert die FDP in der Vorwärtsstrategie:

- **Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen** und weniger Bürokratie. Der **Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer** ist überfällig.
- Die Schweiz braucht genügend **Fachkräfte**. Wir fordern ein **Start-up-Visum** für die Techszene.
- **Liberaler Rahmenbedingungen** machen die Schweiz als Standort attraktiv und stärken die Wirtschaft. **Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen** sind zu bekämpfen.
- **Der Zugang zum EU-Binnenmarkt** muss gesichert werden, gleichzeitig sind **Freihandelsabkommen** ausserhalb der EU abzuschliessen.
- Eine **langfristige Steuerstrategie** sichert die Wettbewerbsfähigkeit. Das Steuersystem muss einfach, attraktiv sowie verhältnismässig sein, und **Leistung muss sich lohnen**.
- Teilnahme an **Forschungsrahmenprojekten der EU** ist sehr wichtig für unseren **Forschungs- und Innovationsplatz**. Gleichzeitig braucht es aber auch mehr **Kooperationen ausserhalb von Europa**.
- Eine kluge **Finanzplatzregulierung** soll zwar die Risiken eliminieren, nicht aber gleich den ganzen Finanzsektor mit dazu.

Parlamentarische Gruppe für Start-ups und Unternehmertum schlägt konkrete Massnahmen vor

Corona trifft Start-ups hart

Drei Viertel der Start-ups fallen durch das Corona-Rettungsnetz und haben akute Finanzierungsschwierigkeiten. Als parlamentarische Gruppe schlagen wir dem Bundesrat vor: Wenn der Bund für die Kredite an KMUs bürgt, soll er es auch bei den Start-ups tun – etwa über eine «Public-Private-Partnership».

Bund und Kantone haben in den letzten Jahren viel Zeit und Steuergelder in ein florierendes Start-up-Ökosystem investiert. Innosuisse verantwortet die Innovationsförderung für die ganze Schweiz, Kantone haben u. a. als Trägerinnen von Technoparks den Nährboden für Innovation geschaffen, und Bildungseinrichtungen wie Universitäten und Fachhochschulen sind darum bemüht, dass immer mehr Studierende während oder nach Abschluss ihrer Ausbildung ein Unternehmen («Spin-Off») gründen sollen.

Start-ups zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine Innovation auf den Markt bringen, welche stark skalierbar ist. Meistens investieren sie ihr Kapital in den ersten Jahren in Forschung sowie Entwicklung und erwirtschaften erst später einen relevanten Umsatz. So ist ihr Fortbestehen zu Beginn nur möglich, wenn genügend Wagniskapitalgeber in ihre Idee investieren. Abhängig vom Fortschritt werden laufend neue Kapitalerhöhungen durchgeführt, was im Englischen als «Deal Flow» bezeichnet wird.

Wegfall von Start-ups schaden dem Standort

Die aktuelle Wirtschaftskrise trifft die Start-ups deshalb besonders hart. Sie sind von den bisherigen Unterstützungsmassnahmen des Bundesrates weitgehend ausgeschlossen, weil sich diese in erster

Linie auf den Umsatz beziehen. Weiter werden geplante Finanzierungsrunden nicht (mehr) durchgeführt, weil sich Wagniskapitalgeber entweder ganz zurückziehen oder ihre Bemühungen auf bestehende Investitionen beschränken.

Umfragen von Venturelab und der Parlamentarischen Gruppe Start-ups und Unternehmertum – welche ich zusammen mit Judith Bellaiche (glp) präsidiere – zeigen, dass gut drei Viertel der Start-ups durch das Rettungsnetz durchfallen und akute Finanzierungsschwierigkeiten haben. An dieser Stelle kann man argumentieren, dass dies das Risiko einer solchen Investition ist und es in der Natur der Sache liegt, dass nicht jedes Start-up überleben wird. Unter normalen Bedingungen stimmt diese Argumentation. Nur ist die Situation heute eine andere, wenn der ganze «Deal Flow» nicht mehr existiert.

Wenn heute keine Start-ups mehr gegründet würden, wenn sehr erfolgversprechende Firmen mit mehreren dutzenden Mitarbeitenden von heute auf morgen kein Geld mehr hätten, dann wären die Schäden für das Ökosystem irreversibel. Diese Umstände hätten zur Konsequenz, dass in den kommenden Jahren wenige neue, innovative Firmen auf dem Markt wären, was wiederum für den Wirtschaftsstandort Schweiz schlechte Zukunftsaussichten wären.



Andri Silberschmidt: «Viele fallen durch das Rettungsnetz.»

Überbrückung für Start-up-Biotop

Deshalb muss es das Ziel sein, den «Deal Flow» so gut wie möglich aufrechtzuerhalten. Als parlamentarische Gruppe haben wir folgenden Vorschlag ausgearbeitet und dem Bundesrat vorgelegt: Wenn der Bund für die Kredite an KMUs bürgt, soll er es auch bei den Start-ups tun. Da diese Kredite im Gegensatz zu den KMUs mit mehr Risiko behaftet sind, soll die Bürgschaft verzinst und bei 85 Prozent beschränkt werden. Das Geld soll von Risikokapitalgebern kommen, wie zum Beispiel von Venture-Capital-Investoren. Diese «Public-Private-Partnership» könnte das Ökosystem und damit Milliarden an Vorleistungen durch die öffentliche Hand und Private überbrückungsweise sichern. Der Bundesrat wird das weitere Vorgehen Ende April beschliessen.

Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH



Vorbereitung ist Gold wert

Gesundheitspolitische Erkenntnisse zu Covid-19

Ist das Coronavirus in der Schweiz einigermaßen überstanden, muss die Aufarbeitung beginnen: Was hat funktioniert, was ist zu verbessern? Das ist entscheidend, um für eine zukünftige Pandemie noch besser gerüstet zu sein. Gesundheitsexperte Frank Rühli erläutert erste gesundheitspolitische Erkenntnisse für die Zukunft.

Vieles über den Beginn und den weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie ist immer noch unbekannt, alle Aussagen zum jetzigen Zeitpunkt (Redaktionschluss 8. April 2020) sind also mit Vorsicht zu geniessen. Sicher ist: Die Covid-19-Pandemie ist, insbesondere auch für die Schweiz, die wohl grösste gesellschaftliche Herausforderung seit Jahrzehnten. Politisch stellt sich zum Beispiel die Frage, inwieweit die subtile Balance zwischen Exekutive und Legislative, aber auch zwischen Bund und Kantonen davon beeinflusst werden wird. Daneben gilt es, auch gesundheitspolitische Erkenntnisse herauszuschälen. Diese vertieft zu analysieren, wird auch Aufgabe der Gesundheitskommission der FDP Schweiz sein.

Es braucht genügend Ressourcen

Die bisherigen Eckpunkte freisinniger Gesundheitspolitik behalten ihre Gültigkeit. Unser Gesundheitswesen ist aktuell sehr gut aufgestellt und zeigt eine beeindruckende Leistungsfähigkeit

(bspw. Anzahl zusätzlich verfügbarer Intensivpflege-Plätze). Trotzdem findet in solchen Phasen des Umbruchs oft auch ein Wertewandel statt. Als Folge der Krise dürfte die Wertschätzung der medizinischen und medizinischen Berufe in der Bevölkerung weiter ansteigen. Gesundheit ist jedermanns höchstes Gut, ein Ausspielen der Wirtschaft versus Gesundheit ist daher kurzsichtig.

Um mittelfristig gesundheitspolitisch erfolgreich zu sein, gilt es, diesen gesellschaftlichen Wertewandel auch im eigenen politischen Kanon abzubilden: Eine zukunftsgerichtete freisinnige Gesundheitspolitik sollte gelebte Solidarität, ethischen Gemeinsinn und Nachhaltigkeit umfassen. Kostensenkungen dürfen nicht Selbstzweck sein. Erst wer beispielsweise selber mal den Echteintritt in einer Intensivstation erlebt hat, weiss, was dabei die physischen, psychischen, technischen und intellektuellen Herausforderungen sind. Es reicht nicht, Ärzten und Pflegenden als Dank zuzuklatschen, es braucht schlicht genügend finanzielle Mittel für genug

(Reserve-)Personal und Infrastruktur sowie für noch resilientere Strukturen.

Schnelligkeit und Flexibilität entscheidend

Der Gesundheitsmarkt ist als ökonomisches Gemeinwohl stark reguliert und voller «Reformstau». In Notzeiten muss aber der Forschung und der Gesundheitsversorgung unbürokratisch und rasch geholfen werden können. Innovative und marktfreundliche Initiativen sind dann besonders wichtig. Flexible und pragmatische Leistungserbringer (bspw. Umnutzungen von Anlagen) und situationsgerechte Netzwerke retten Leben. Schnelles, massives Handeln ist epidemiologisch Gold wert.

Krisenvorbereitung optimieren

Das aktuelle Epidemiegesetz hat sich bewährt, das politische Krisenmanagement mehrheitlich ebenso. Der Bund hat zwar in ausserordentlichen Lagen die kurzfristige, exekutive Führung, die Kantone und



Frank Rühli

Gemeinden sind aber als Umsetzer integral einzubeziehen und wirken besonders in der wichtigen postakuten Phase einer Pandemie. Vorbereitung ist ein hohes Gut, zukünftig müssen für Krisenbewältigungen noch mehr materielle und personelle Reserven eingerechnet werden und der Ernstfall auch wirtschafts- und gesellschaftspolitisch vermehrt geplant und geübt werden. Starke Führungspersönlichkeiten sind nötig, um von der Bevölkerung Vertrauen und die nötige präventivmedizinische Disziplin einfordern zu können.

Die FDP kann in dieser einmaligen Situation zeigen, was staatstragende Verantwortung wirklich bedeutet, indem sie das zentrale Dossier Gesundheitspolitik noch stärker besetzt. Nach der Phase der operativen Hektik und des politischen Notkonsenses gilt es nun nachhaltig mitbeizutragen, dass wir für eine weitere – vielleicht noch viel schlimmere – Pandemie optimal vorbereitet sind.

Prof Dr. Dr. med. Frank Rühli

Präsident Gesundheitskommission FDP Schweiz
frank.ruehli@gmail.com



Digital, vital en période de crise

Numérisation

Alors que les écoles ont dû fermer pour cause de coronavirus, et que les élèves sont censés effectuer leurs leçons à domicile, il apparaît encore plus clairement que nous avons pris du retard dans l'indispensable transition numérique.

Dernièrement le canton de Fribourg a pris la décision d'obliger les élèves de secondaire (gymnasiens dans le canton de Vaud) de se rendre en classe avec leur propre ordinateur portable dès la rentrée prochaine.

Les camps du pour et du contre s'affrontent. Dans le camp du pour: le département qui argue que pratiquement tous les élèves de plus de 15 ans ont déjà un ordinateur portable, qu'ils l'utilisent abondamment pendant les heures de pause et le soir. La formation professionnelle et la préparation à la vie universitaire doit passer par l'apprentissage et la maîtrise du numérique.

Écologie et meilleure autonomie

D'autre part, le numérique induit une économie non négligeable du papier. Cinquante collèges ou gymnases alémaniques ont déjà introduit l'ordinateur dans les cours et les choses se déroulent non seulement bien, mais sont encouragées par les associations de parents d'élèves.

Du côté des élèves, dans les classes pilotes, les retours sont positifs: il y a une meilleure collaboration entre les élèves et davantage d'interdisciplinarité et d'autonomie.

Dans le camp du contre: d'abord le corps enseignant qui estime que la mesure se fait dans la précipitation, qu'il n'y a pas de phase d'adaptation, ni le temps pour de la formation continue. Et du côté des parents, la question du coût de l'ordinateur partagé, ainsi que la crainte d'une éducation à deux vitesses.

Le PLR soutient la transition numérique

Dans le canton de Vaud, dès 2016 déjà, Catherine Labouchère s'est inquiétée de connaître la vision du Conseil d'État sur la transition numérique via un postulat. En 2017, elle a déposé une motion qui demandait de favoriser l'apprentissage de la culture numérique dans le cadre de l'école obligatoire.

La question, à ce jour, n'est plus de savoir si nous sommes pour ou contre la numérisation de

notre société, mais comment nous la gérons. Et cet apprentissage doit se faire dès le plus jeune âge. Il suffit d'être confronté à un de ces êtres mutants qui ont remplacé d'un jour à l'autre nos bambins câlins: un ado, donc, tombe en amour de son smartphone sans lequel il est incapable de vivre et de respirer, pour admettre que la numérisation est entrée dans notre vie.

Formés pour être critiques

Dans le programme de législature du Conseil d'État, la question de l'éducation numérique est développée. Il s'agit d'accompagner une réflexion



Carole Dubois

et des actions nécessaires à conduire des projets pédagogiques intégrant des règles, des perspectives d'applications et surtout de l'éducation aux utilisateurs. Il est important que les jeunes soient formés au numérique et développent un esprit critique face à ses évolutions et ses dangers.

L'éducation et l'accompagnement permettront de formuler et de limiter les craintes induites par un usage intensif des écrans. Informer, expliquer, utiliser le potentiel et connaître les dangers du numérique est primordial pour protéger les enfants dès leur plus jeune âge. Sans compter le formidable potentiel que cela représente.

Quant aux craintes face à la perte d'empathie, l'enfermement et le risque de vivre dans un monde virtuel, est-ce nécessaire de rappeler qu'il en va encore de la responsabilité parentale de faire découvrir à nos enfants les beautés d'une balade dans la nature, d'un pique-nique en famille, d'un bon bouquin en papier ou d'un yass entre amis pour garder le contact social et familial indispensable à une vie bien remplie et équilibrée?

À l'heure où les écoles sont fermées pour cause de pandémie, l'éducation numérique prend tout son sens.

Carole Dubois, députée,
présidente du Groupe PLR au Grand Conseil

«La question, à ce jour, n'est plus de savoir si nous sommes pour ou contre la numérisation de notre société, mais comment nous la gérons.»

Seit 2003 setzt sich RADIGAL als LGBTI-Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen für eine vollständige Gleichstellung von LGBTI ein!



Eine kurze Geschichte der Gleichberechtigung

Rechte der LGBTI-Community in der Schweiz

Am 9. Februar 2020 sagten die Schweizer Stimmberechtigten mit 63,1 Prozent deutlich Ja zu einem Diskriminierungsverbot aufgrund der sexuellen Orientierung. Hiermit setzte das Schweizer Stimmvolk einmal mehr ein starkes Zeichen für ein gleichberechtigtes Miteinander – unabhängig davon, ob hetero-, homo-, bi-, trans- oder intersexuell. Hierbei handelt es sich um einen weiteren Meilenstein in der langen Geschichte der Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen in der Schweiz.

Am 3. Juli 1938 stimmte das Schweizer Stimmvolk mit 53,5 Prozent Ja zum Schweizerischen Strafgesetzbuch (StGB). Neu waren homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen ab einem Alter von 20 Jahren nicht mehr verboten. Die erste Hürde in Sachen Gleichberechtigung von LGBTI war hiermit erfolgreich genommen. Auch wenn in diesem Zusammenhang allerdings noch nicht von gesellschaftlicher Toleranz oder gar Akzeptanz gesprochen werden kann, handelte es sich doch um einen ersten Schritt in Richtung einer teilweise rechtlichen Gleichberechtigung. Was folgte nun hierauf?

Revision Schweizerisches Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz

Mit dem Inkrafttreten des StGB am 1. Januar 1942 wurden homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen ab einem Alter von 20 Jahren entkriminalisiert. Trotzdem waren Homosexuelle gegenüber Heterosexuellen noch immer nicht gleichberechtigt. Galt für Heterosexuelle doch Straffreiheit ab einem Alter von 16 Jahren. Erst mit der Abstimmung über die Revision des StGB und des Militärstrafgesetzes (MStG) vom 17. Mai 1992 (73,1 Ja-Stimmen) kam es diesbezüglich zu einer Gleich-

berechtigung Homosexueller gegenüber Heterosexuellen.

Eingetragene Partnerschaft

Am 5. Juni 2005 gelangte dann mit dem Partnerschaftsgesetz eine für LGBTI gewichtige Vorlage zur Abstimmung: Die Schweizer Stimmberechtigten sagten mit 58,0 Prozent Ja zur eingetragenen Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare, nachdem National- und Ständerat die Vorlage am 18. Juni 2004 in der Mehrheit befürworteten – namentlich auch die FDP-Fraktion.

Erweiterung Anti-Rassismus-Strafnorm

Am 9. Februar 2020 sagten die Schweizer Stimmberechtigten mit 63,1 Prozent deutlich Ja zu einem Diskriminierungsverbot aufgrund der sexuellen Orientierung. National- und Ständerat hatten die Vorlage am 14. Dezember 2018 mehrheitlich gutgeheissen. Auch die Mehrheit der FDP-Fraktion hat unter Abwägung der Argumente (Einschränkung der Redefreiheit vs. Schaden für eine Personengruppe) den Beschluss mitgetragen.

Ehe für alle

Nachdem LGBTI in den vergangenen Jahrzehnten Heterosexuellen gegenüber rechtlich immer stärker gleichberechtigt wurden, steht mit der Ehe für alle die wohl wichtigste Vorlage hinsichtlich einer vollständigen Gleichstellung von LGBTI gegenüber Heterosexuellen zur Diskussion. Hierzu gehören aus Sicht von RADIGAL, der FDP und der Jungfreisinnigen ebenfalls der Zugang zum Adoptionsverfahren und zur Samenspende für gleichgeschlechtliche weibliche Paare. Hierdurch würde die Geschichte der Gleichberechtigung von LGBTI in der Schweiz um einen wichtigen Aspekt reicher.

Michael Lindenmann
Vorstandsmitglied RADIGAL

Was ist RADIGAL?

RADIGAL setzt sich als Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen für die individuelle Selbstentfaltung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LGBTI = Lesbian, Gay, Bi-, Trans-, Intersexual) auf Basis liberaler Grundwerte ein. Wir haben uns die vollständige Integration von LGBTI in Gesellschaft, Politik und Recht zum Ziel gesetzt. RADIGAL ist der Ansprechpartner der FDP und der Jungfreisinnigen für Fragen rund um das Thema LGBTI. Weitere Informationen, Positionspapiere und eine Imagebroschüre auf Deutsch und Französisch finden sich auf unserer Webseite www.radigal.ch.



Grenzen schliessen?

Es braucht eine minimale Personenfreizügigkeit

Kaum war das Virus in Europa, haben die Länder ihre Grenzen geschlossen und die Personenfreizügigkeit eingeschränkt. Ein Verzicht darauf ist langfristig aber kein probates Mittel zur Bekämpfung des Virus.

Wer hätte dies gedacht: Plötzlich gehen in Europa die Schlagbäume wieder runter. Wegen der Corona-Krise haben viele europäische Staaten, auch die Schweiz, die Reisefreiheit ihrer Bürger, aber auch von Ausländern eingeschränkt oder gar verboten. Schweizer mit Wohnsitz in der EU können nicht mehr zu ihren Verwandten in die Schweiz fahren oder müssen in die Schweiz zurückkehren, weil sie im Gastland nicht mehr weiterarbeiten können und ihre Arbeitserlaubnis verlieren. Diese Einschränkungen machen uns aber auch bewusst, was wir an der persönlichen Bewegungs- und Reisefreiheit haben, einem kostbaren Gut, das viele in letzter Zeit für selbstverständlich gehalten hatten.

Auch die Landwirtschaft von der Personenfreizügigkeit abhängig

In diesen Tagen beginnt im Schweizer Gemüseanbau die Erntesaison. Die Spargelernte steht an; Kartoffeln müssen gepflanzt werden. Gerade jetzt wären die Schweizer Landwirte dringend auf die

gewohnte Unterstützung durch 35 000 europäische Erntehelfer angewiesen. Doch diese bleiben wegen Corona der Schweiz fern. Die Schweizer Gemüsebauern sprechen bereits von einer möglichen Versorgungslücke, falls nicht rasch zusätzliches Personal rekrutiert werden kann. An Vorschlägen und Ideen zur Behebung des Mangels an Saisonarbeitern fehlt es nicht. Die Verbände der Obst- und Gemüseproduzenten arbeiten neu mit Personalvermittlern zusammen. Inländische Arbeitskräfte, die wegen der Corona-Krise arbeitslos sind, sollen es richten.

Gewübte Erntehelfer sind schwer zu ersetzen

Doch so einfach ist das nicht. Die Arbeit ist hart, repetitiv, benötigt viel Ausdauer und findet bei jeder Witterung statt. Der Mindestlohn liegt bei 3300 Franken pro Monat, und es werden bis zu 55 Stunden pro Woche gearbeitet. Obwohl das zurzeit grosse Interesse von arbeitswilligen Neulingen aus dem Inland sehr geschätzt wird, zeigen die Erfah-

rungen der Bauern mit Langzeitarbeitslosen: Nur wenige halten durch, viele kommen nach zwei bis drei Tagen nicht mehr zur Arbeit.

Deshalb arbeiten zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe seit vielen Jahren mit den gleichen saisonalen Hilfsarbeitern aus Rumänien, Polen, Portugal oder Spanien zusammen. Diese bringen das erforderliche Fachwissen mit, kennen die Eigenheiten der Betriebe und verfügen über den nötigen Durchhaltewillen. Hinzu kommt, dass Gemüseproduzenten für die ganze Saison Hilfskräfte benötigen. Sobald die Kurzarbeit ausläuft und die branchenfremden Ersatzkräfte wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren, fehlen diese bei der Feldarbeit. Un-erfahrene Neulinge können die professionellen Erntehelfer also nicht ersetzen, auch wenn sie zumindest kurzfristig grössere Versorgungsengpässe verhindern könnten. Unter diesen Umständen ist schwer verständlich, dass der Schweizer Bauernverband gegen die Interessen seiner Mitglieder



François Baur

handelte und sich wegen seiner Nähe zur SVP nicht zu einer Nein-Parole gegen die Kündigungsinitiative durchringen konnte.

Die Personenfreizügigkeit bald wieder herstellen

Das Beispiel der Landwirtschaft zeigt, dass wir auf die Mithilfe von Personen aus dem Ausland angewiesen sind. Dies gilt noch stärker für den Gesundheitsbereich. 30 Prozent unserer Pflegekräfte stammen aus dem Ausland, viele sind Grenzgänger. Für eine prosperierende Schweiz gilt nach erfolgreicher Bekämpfung der Corona-Krise deshalb: Die Personenfreizügigkeit sollte baldmöglichst wieder hergestellt werden. Die Kündigungsinitiative der SVP ist weiterhin abzulehnen.

François Baur
Vorstandsmitglied FDP International



Ob heute oder morgen: Die Kündigungsinitiative ist und bleibt ein Wolf im Schafspelz. Sie gibt fälschlicherweise vor, die Einwanderung begrenzen zu wollen, zielt in Wahrheit jedoch auf die Kündigung der bewährten Personenfreizügigkeit ab.

Wir befinden uns in unruhigen und aufwühlenden Zeiten. Das Coronavirus hält die Schweiz weiter in seinem Bann! Die Lebensumstände haben sich rasant geändert; die Massnahmen zum Schutz der Schweizer Bevölkerung sind einschneidend und prägen unseren Alltag je länger, je mehr. Es ist daher verständlich, dass der Bundesrat die Abstimmung über die Kündigungsinitiative vom 17. Mai 2020 verschoben hat. Wir Jungfreisinnige tragen diesen Entscheid mit, denn die Gesundheit der Bevölkerung ist zentral, und die demokratische Meinungsbildung muss gewährleistet sein. Umso mehr gilt heute: *Unus pro omnibus, omnes pro uno.*

Wir bleiben engagiert dran

Wir Jungfreisinnige haben uns bereits vor Monaten gegen die radikale Kündigungsinitiative vorbereitet. Mit kecken Aktionen wollten wir auf die schädlichen Folgen dieser Initiative aufmerksam machen. Da der Abstimmungstermin bis auf weiteres verschoben wurde, legen wir unsere Pläne in die oberste Schublade. So bleiben sie griffbereit. Denn wir bleiben dran!

Kündigungsinitiative ist und bleibt der Wolf im Schafspelz

Ob heute oder morgen: Die Kündigungsinitiative ist und bleibt der Wolf im Schafspelz. Sie gibt Falsches vor, nämlich die Einwanderung begrenzen zu wollen. In Tat und Wahrheit zielt sie aber integral auf die Kündigung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit ab. Und wir wissen, was das bedeutet: Kündigen wir das Personenfreizügigkeitsabkommen, das ein Abkommen aus dem Paket der Bilateralen I ist, fallen aufgrund der Guillotine-Klausel alle anderen sechs Abkommen der Bilateralen I automatisch weg. Das wäre für unsere Wirtschaft verheerend, ja mehr noch: Es wäre ein ungeordneter Austritt aus dem bilateralen Weg. Die Formulierung «Schweizer Brexit», wie sie unsere Bundesrätin Karin Keller-Sutter in diesem Zusammenhang bemühte, trifft den Nagel deshalb ziemlich genau auf den Kopf. Die Personenfreizügigkeit aber hat sich insgesamt mehr als bewährt und die Wirtschaft gestärkt. Es ist sachlich einfach nicht gerechtfertigt, die Bilateralen I wegen einzelner negativer Begleiterscheinungen aufs Spiel zu set-

zen. Deshalb werden wir Jungfreisinnige die Kündigungsinitiative auch in Zukunft vehement bekämpfen.

Miteinander statt gegeneinander

Gerade in Krisenzeiten ist es enorm wichtig, dass wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Ziel ist es, dass wir die bestmöglichen Lösungen erarbeiten, auch über die Landesgrenzen hinaus. Ein Alleingang oder die dauerhafte Isolation sind keine Alternativen. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Kündigungsinitiative zum nächstmöglichen Termin zur Abstimmung bringen und gemeinsam ablehnen.

Matthias Müller
Präsident Jungfreisinnige Schweiz



Matthias Müller



24/7 während Corona

Staatsangestellte in ausserordentlicher Lage

In der Januarausgabe des «Schweizer Freisinns» haben wir auf Staatsangestellte aufmerksam gemacht, die zwischen Weihnachten und Neujahr beruflich einen Sondereffort leisteten. Mit Corona hat sich die Situation für Notfallärzte, Sanitäter, Polizisten, Feuerwehrleute, das Personal des öffentlichen Verkehrs, Pflegefachleute usw. noch weiter verschärft.

In Zeiten der Corona-Pandemie ist es alles andere als feuchtfrohlich. Die von uns im Januarartikel erwähnten Berufsgruppen – Angestellte des öffentlichen Diensts mit unregelmässigen Arbeitszeiten – schultern den Löwenanteil bei der Bewältigung der Corona-Krise. Mögen die Zeiten für alle hart sein, sind sie dafür verantwortlich, dass möglichst viele von uns am Leben bleiben. Nichts weniger.

Eine neue Aktivdienst-Generation

Zu Dank verpflichtet sind wir auch den Miliz-Staatsangestellten der Schweizer Armee, welche aufgeboden wurden, um zivile Behörden wie das Grenzschutzkorps bei der Kontrolle der Grenzen zu unterstützen oder in Spitälern auszuhelfen. Es ist die grösste Mobilisierung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs: 8000 Angehörige der Armee bilden eine neue Aktivdienstgeneration. Wir wünschen uns, dass ihr Einsatz Monate und nicht Jahre dauern

wird. Polizisten, denen bis jetzt die Aufgabe zukam, die unwillkommenen Nebenwirkungen einer 24-Stunden-Gesellschaft einzudämmen, müssen nun Social-Distancing-Gebote im öffentlichen Raum durchsetzen und mit dem Auge abschätzen können, ob selbst miteinander vertraute Personen nicht zu nahe beieinander stehen.

Sondereinsatz für Versorgung und Transport

Einige Läden bleiben offen, und ein Teil der Kundenschaft deckt sich nun über Gebühr mit Lebensmitteln und anderen Artikeln ein. Vom Verkaufspersonal wird ein Sondereinsatz beim Nachfüllen der Regale erwartet. Die Produkte müssen aber zuerst in den Laden gelangen, und da sind neben privaten Lastwagenfahrern auch Lokführer von SBB Cargo gefordert, die, für die 24-Stunden-Gesellschaft unsichtbar, im Dauereinsatz sind. In den Stellwerken der SBB wird sichergestellt, dass der Bahn- und

Güterverkehr Tag und Nacht funktioniert, selbst wenn von der Benützung des öffentlichen Verkehrs wegen des Ansteckungsrisikos abgeraten wird.

Enorme Belastung des Spitalpersonals

Alle erwähnten Berufsgruppen – die Aufzählung ist natürlich nicht abschliessend – und das eigenverantwortlich handelnde Individuum sorgen dafür, dass die Aufnahmefähigkeit der Spitäler erhalten bleibt. Und dafür, dass eine Triage-Medizin verhindert werden kann, welche in den Spitälern der benachbarten Lombardei und des benachbarten Elsass bereits notwendig geworden ist. Schon die Möglichkeit, zu einem derartig brutalen Entscheid gezwungen zu werden, ist für Ärzte und Krankenschwestern in öffentlichen und privaten Spitälern eine Belastung, die für Aussenstehende schier unvorstellbar ist.



Daniel Seiler

Ein grosses Dankeschön

In unserem Januarartikel haben wir Pfarrer und Seelsorger nicht erwähnt, die jetzt wiederum eine gewichtige gesellschaftliche Stütze sind. Die durch die Corona-Pandemie bedingten Abdankungsfeiern dürfen nur in kleinstem Rahmen stattfinden, was den Druck auf die Pfarrer bei der Betreuung der Angehörigen zusätzlich erhöht.

Die FDP Service Public will es nicht unterlassen, den Staatsangestellten und allen anderen, die im Dauereinsatz stehen, herzlich zu danken.

Daniel Seiler

Präsident FDP.Die Liberalen Service Public
www.fdp-servicepublic.ch



«Danke, liebe Frauen!»

Die abtretende Präsidentin Doris Fiala im Interview

Doris Fiala legt am 9. Mai 2020 ihr Amt als Präsidentin der FDP Frauen Schweiz nach drei ereignisreichen Jahren nieder. Im Interview spricht sie über die zwei intensiven Bundesratswahlen, ihre Highlights und darüber, dass die Gleichstellung ein Kraftakt bleibt.

Was motivierte Sie dazu, die FDP Frauen Schweiz zu präsidieren? Etwas zurückgeben, insbesondere in dankbarer Erinnerung an die Zürcher Frauenpräsidentin und verstorbene Stadtzürcher Gemeinderätin Barbara Bihrer. Sie hatte frühzeitig das Amt im Zürcher Gemeinderat für mich niedergelegt, damit ich nachrücken durfte. Ihr und allen anderen Frauen, die mich stützten und motivierten, vorwärtszumachen, wollte ich als Präsidentin der FDP Frauen Schweiz Danke sagen und mich für ihre Anliegen engagieren.

Wie haben Sie die Zeit als Präsidentin erlebt? Sehr freudvoll, aber äusserst intensiv! Kaum war ich im Amt als Präsidentin der FDP Frauen Schweiz, trat Bundesrat Didier Burkhalter zurück. Der Druck, dass wir eine Frau präsentieren müssen, war medial

und von allen Seiten gross. Der Anspruch des Tessins, endlich wieder im Bundesrat vertreten zu sein, war jedoch berechtigt. Das Tessin präsentierte unseren unbestritten fähigen wie beliebten Fraktionschef Ignazio Cassis als alleinige Kandidatur. Wenig später folgte bereits der Rücktritt von Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Nun war klar: Es musste eine Frau sein, dafür kämpften wir Frauen gemeinsam mit vielen aufgeschlossenen Männern. Karin Keller-Sutter überzeugte glücklicherweise links wie rechts, intern wie extern.

Was war Ihr persönliches Highlight? Ganz eindeutig der ausserordentlich aktive und kämpferische Wahlkampf der freisinnigen Frauen auf allen Ebenen und damit verbunden der Anstieg des FDP-Frauenanteils von 21,2 Prozent auf 37,9 Prozent im

Nationalrat. 2019 zeigten wir Frauen nicht mit Slogans, sondern Inhalten, wofür wir einzustehen bereit sind. Unglaublich viel bedeutet hat mir und uns Frauen die Wahl von Johanna Gapany in den Ständerat: Sie zeigte uns, was kämpfen bedeutet und was man bewirken kann.

Wo sehen Sie in Bezug auf die «Frauenpolitik» in der Schweiz noch am meisten Handlungsbedarf? Noch ist die Karriere einer Frau (und Mutter) beruflich wie politisch längst nicht selbstverständlich. Gleichstellung bleibt ein Kraftakt, bei allem guten Willen von allen. Aber auch für die Männer wird die Luft oben dünner. Je natürlicher wir dieser Tatsache begegnen, desto besser werden Frauenkarrieren gelingen. Ich wünsche uns Frauen, dass wir – wann immer sich Karrieresprünge realisieren lassen – den Mut und die Konsequenz aufbringen, nicht zu zaudern und zu Chancen Ja zu sagen. Und ich danke allen Führungskräften, die zudem beherzt realisieren, dass Frauen hervorragende Teamleaderinnen und Topkader darstellen. Noch ist eine Frauenkarriere nicht überall – auch bei gleichen Qualitäten gegenüber den Männern – selbstverständlich.

Was wünschen Sie den FDP Frauen und Ihrer designierten Nachfolgerin für die Zukunft? Ich bin sehr glücklich über den Willen und das Engagement von Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher und wünsche ihr Freude sowie eine dicke Haut, wo nötig. Sie bringt alles mit, was das Amt der Präsidentin der FDP Frauen Schweiz erfordert. Deshalb einfach: Danke, Susanne! Danke, liebe Frauen!

Die erste digitale Generalversammlung der FDP Frauen Schweiz

Aufgrund der vom Bundesrat verordneten «ausserordentlichen Lage» musste der Vorstand der FDP Frauen einen Grundsatzentscheid treffen. Die Vorstandsmitglieder entschieden einstimmig, dass man trotz Corona-Krise handlungsfähig bleiben will und zum ersten Mal in der Geschichte der FDP Frauen Schweiz eine ordentliche Generalversammlung digital durchführen wird. Somit findet die Wahl der designierten Präsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher wie geplant am 9. Mai 2020 statt. Die vorgesehenen Feierlichkeiten zu Ehren der scheidenden Präsidentin Doris Fiala werden zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt.

Save the Date:

Digitale GV der FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz am Samstag, 9. Mai 2020.



Für eine sichere Zukunft

Ja zum Ersatz unserer Luftwaffe ab 2030

Zurzeit findet die grösste Mobilmachung seit dem 2. Weltkrieg statt. Rund 5000 Armeeangehörige unterstützen das Personal in Spitälern, in der Logistik und zum Grenzschutz. Die Leistung unserer Armeeangehörigen ist beeindruckend. Dennoch betreibt die GSoA mit der aktuellen Situation billige Stimmungsmache und propagiert, dass wir besser in die Beschaffung von Masken statt von neuen Kampfflugzeugen investieren sollten. Das eine kann aber nicht gegen das andere ausgespielt werden. Eine seriöse Sicherheitspolitik muss die ganze Bandbreite von möglichen Bedrohungen berücksichtigen.

Heute sind die Sicherheitsorganisationen im Einsatz gegen das Coronavirus. Doch was ist morgen, in zehn oder zwanzig Jahren? Wir sind gehalten, unsere sicherheitspolitischen Planungen langfristig und losgelöst von der aktuellen Lage auszurichten. Dabei sind auch Bedrohungen zu berücksichtigen, die uns heute weniger wahrscheinlich erscheinen oder wir noch gar nicht kennen. Das wohl grösste sicherheitspolitische Projekt in nächster Zeit bleibt die Modernisierung und Erneuerung unserer Luftwaffe. Die neuen Flugzeuge sind wichtig für die Gewährleistung der Sicherheit unseres Luftraums in allen Situationen: in normalen, besonderen oder ausserordentlichen Lagen.

Die Armee: ein Gesamtsystem

Die einzige strategische Reserve zum Schutz unseres Landes ist die Armee, indem sie ein breites

Spektrum von Bedrohungen abdeckt und vielseitig einsetzbar ist. Dazu gehören Kampfflugzeuge genauso wie Mittel und Kompetenzen im Cyber- oder Sanitätsbereich. Unsere Armee ist ein Gesamtsystem, und sie bedarf entsprechend einer weitsichtigen Planung für Organisation, Ausrüstung und Ausbildung.

Natürlich können Kampfflugzeuge nicht für den Kampf gegen das Coronavirus eingesetzt werden. Aber der Luftpolizeidienst muss sowohl in normalen Lagen als auch bei einer Pandemie betrieben werden können, um den Luftraum zu sichern. Abgesehen davon entstehen durch die momentane Krise unmittelbare und mittelfristige sicherheitspolitische Folgen, welche noch nicht absehbar sind. Fest steht, dass massive Staatsverschuldungen, die absehbare weltweite Rezession oder die Abschottung autoritärer Regimes nicht zu einer Stabilisie-

rung der Sicherheitslage beitragen werden. Es ist anzunehmen, dass vermehrt Spannungen auftreten werden. Wir können selbst in Europa bewaffnete Konflikte nicht mit Sicherheit für die nächsten 40 Jahre ausschliessen.

Solide Grundlagen geschaffen

Die im Rahmen von Air2030 zu beschaffenden Kampfflugzeuge ersetzen die heutigen, in die Jahre gekommenen Flugzeuge aufgrund eines anspruchsvollen Evaluations- und Beschaffungsprozesses zwar erst in rund zehn Jahren, trotzdem führt uns das Coronavirus schon heute eindrücklich vor Augen, wie schnell sich die weltweite Lage ändern kann. Es ist nun umso wichtiger, auf allfällige Gefahren vorbereitet zu sein und nicht erst an die Bekämpfung von Krisen zu denken, wenn sie schon da sind. In den letzten Jahren wurden richtigerweise



Thierry Burkart

Pandemieszenarien trainiert, welche in den Medien und in der Öffentlichkeit oft belächelt wurden. Die so gesammelten Erfahrungen helfen uns nun in der Bewältigung der aktuellen Krise. Trotzdem kann bei der Planung nicht immer alles vorausgesehen werden. Dies zeigt sich nun bei fehlenden Schutzmasken, Intensivpflegebetten und Beatmungsgeräten. Seit der Armee-Reform 95 verzichten wir auf armeeeigene Produktionsanlagen für Sauerstoff und Stickstoff, weshalb wir nun nicht auf diese strategische Reserve zurückgreifen können.

Die Bedrohungen und Gefahren sind in den letzten Jahren vielfältiger und unberechenbarer geworden. Genau deshalb ist es unerlässlich, vorauszudenken und in die Zukunft zu investieren. Ohne eine funktionstüchtige Luftwaffe riskiert die Schweiz einen ungeschützten Luftraum ab 2030. Schweizer Armeeplaner haben mit ihrer Arbeit eine solide Grundlage für heute zu treffende Entscheide geliefert, durch die wir uns in Zukunft selbstständig schützen können.

Thierry Burkart, Ständerat AG



Keine Experimente in diesen Zeiten

Nein zur Kündigungsinitiative

Die Wirtschaft stockt, die Schweiz steht vor einer Rezession. Wird im kommenden Herbst die Kündigungsinitiative angenommen, wird es noch schlimmer kommen. Denn die ausgezeichneten Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union würden schwer beschädigt – dauerhaft und selbstverschuldet.

Dass uns die Corona-Krise getroffen hat, ist nicht unsere Schuld. Neben der Verletzlichkeit unserer Welt zeigt uns Covid-19 aber auch, wie sehr die einzelnen Länder und ihre Volkswirtschaften miteinander verbunden sind. Da macht die Schweiz

keine Ausnahme, auch wenn ihre Volkswirtschaft ausserordentlich leistungsfähig ist.

Die Schweiz lebt von zwei Faktoren: vom Aussenhandel, mit dem sie zwei von fünf Franken verdient. Dabei geht mehr als die Hälfte unserer

«Die Kündigungsinitiative ist überaus wirtschaftsfeindlich. Man redet von Zuwanderung, zerstört aber Innovation und Vertrauen!»

Exporte in die Länder der EU, vor allem in die Grenzregionen zur Schweiz. Entsprechend hängt unser Wohlstand von stabilen Brücken zu unseren Nachbarn ab. Diese sichern nicht nur die Ökonomie. Sie garantieren uns auch den Zugang zu den europäischen Forschungsprogrammen, von denen ganz direkt unsere Hochschulen profitieren. Zudem ermöglichen sie uns Zugang zu Fachwissen, das in unserem Land fehlt. Grundlage für all das sind die bilateralen Verträge. Damit tragen sie wesentlich zu unserem Wohlstand bei.

Brücken werden abgerissen

Genau dieser Wohlstand steht auf dem Spiel, wenn wir im Herbst über die Begrenzungsinitiative der SVP abzustimmen haben. Denn in Tat und Wahrheit ist sie eine Kündigungsinitiative, welche die bewährten Brücken einreiss. Vordergründig verlangt sie vom Bundesrat, einen neuen Zuwanderungsvertrag auszuhandeln. Sollte innerhalb von 12 Monaten mit der EU kein Ergebnis vorliegen, muss die Personenfreizügigkeit gekündigt werden. Abgesehen davon, dass bei einer solch kurzen Verhandlungsfrist die Schweiz stark unter Druck gesetzt werden kann, zumal sie Bittstellerin ist, wird die Zeit kaum reichen, überhaupt zu einem Resultat zu kommen. Wegen der Guillotine-Klausel werden alle bilateralen Verträge hinfällig. Kurz, die Kündigungsinitiative ist absolut wirtschafts- und innovationsfeindlich.

Eine verantwortungslose Initiative

Wenn wir also die bewährten Brücken zu Handel, Forschung und Lehre einreissen, kann dies auch nicht mit intensiveren Beziehungen zu anderen Wirtschaftspartnern in anderen Weltregionen wettgemacht werden. Allein die längeren Wege bilden grosse Hindernisse, insbesondere für unsere kleinen und mittleren Betriebe. Zudem würde die Schweiz den Zugang zum Forschungsabkommen der EU verlieren und so unsere herausragende Stellung als Innovationsstandort aufs Spiel setzen. Fahrlässig und ohne Not. Und anders als bei Corona, wo der Bundesrat die drastischen Massnahmen lockern kann, wäre der Schaden nicht einfach per Dekret zu beheben. Es ist deshalb verantwortungslos von der SVP, die Schweiz zu zwingen, ein gutes Vertragswerk aufzugeben, während unsere Wirtschaft und Forschung mit vielen anderen Unsicherheiten zu kämpfen haben – insbesondere vor dem Hintergrund der Rezession, die auf uns zukommen wird. Auf dieses halsbrecherische Experiment darf sich die Schweiz nicht einlassen. Gerade jetzt müssen wir zusammenstehen, als Land, als Bevölkerung, als FDP. Reißen wir keine Brücken ab, und sagen wir Nein zur Kündigungsinitiative.

Damian Müller, Ständerat LU



Mit dem seit Dezember 2018 vorliegenden sogenannten institutionellen Rahmenabkommen (InstA) soll der diskriminierungsfreie Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt sichergestellt werden. Während die EU nun wegen der Covid-19-Pandemie die Verordnung über Medizinprodukte ein Jahr später als geplant in Kraft setzen wird, verschob der Bundesrat die Volksabstimmung über die sogenannte Begrenzungsinitiative auf den Herbst. Unerwartet gewinnt die Schweiz dadurch wertvolle Zeit.

Das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU ist gerade für die hiesige Exportwirtschaft von grösster Bedeutung. Neben dem Freihandelsabkommen von 1972, welches bei einer allfälligen Kündigung der Bilateralen Verträge eine wichtige Auffangfunktion übernehmen würde, sichern insbesondere die unter die Guillotine-Klausel fallenden sogenannten Bilateralen-I-Verträge den diskriminierungsfreien Zugang zum EU-Binnenmarkt.

Verrechtlichung des bilateralen Verhältnisses

Mit einem InstA sollen der gegenseitige Marktzugang nun weiter vereinfacht sowie zukünftige Blockaden und Diskriminierungen verhindert werden. Dies ist grundsätzlich zu begrüssen.

Es gilt jedoch zu bedenken, dass der vorliegende Entwurf auch die rechtlichen Mechanismen der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU

verändert, indem die Rechtsaktualisierung dynamisiert und ein Streitschlichtungsmechanismus geschaffen wird. Die sogenannte dynamische Rechtsübernahme schränkt unsere direkt-demokratischen und föderalistischen Rechtsetzungszuständigkeiten zwar formell nicht ein, denn wir sind grundsätzlich weiterhin frei, eine Rechtsentwicklung zu übernehmen oder nicht. Bei einer Nicht-Übernahme müssten wir allerdings – je nach Inhalt und Umfang der entsprechenden Rechtsentwicklung – entweder verhältnismässige Ausgleichsmassnahmen oder die Aktivierung der – gemäss vorliegendem InstA-Entwurf weiter bestehenden – Guillotine-Klausel akzeptieren.

Durch diese grundsätzlich positive Verrechtlichung des bilateralen Verhältnisses werden bisherige Ermessens- und Verhandlungsspielräume und damit auch diskriminierende Massnahmen der EU-Kommission gegenüber der schweizerischen Euro-

papolitik eingeschränkt. Dabei bleiben durch den Vertragstext des InstA aber wichtige Fragen offen, bei denen es in Zukunft zu Rechtsstreitigkeiten kommen könnte. Aus diesem Grund verlangt die FDP da Klärungen, wo das Rahmenabkommen noch Interpretationsspielräume offenlässt. Nur so kann die durch das InstA angestrebte Rechtssicherheit tatsächlich verwirklicht werden.

Gewonnene Zeit für Konkretisierungen nutzen

Die EU hat jüngst angekündigt, die neuen Regeln für Medizinprodukte ein Jahr später als geplant in Kraft zu setzen. Dadurch verliert sie kurzfristig ihr wichtigstes Druckmittel für einen raschen Abschluss des InstA. Zudem hat der Bundesrat die



Alain Bai

Volksabstimmung über die sogenannte Begrenzungsinitiative vom 17. Mai 2020 verschoben. Der Bundesrat sollte die gewonnene Zeit nun nutzen und entsprechende Vorschläge zur erforderlichen Konkretisierung des InstA-Entwurfs erarbeiten, die sowohl von der EU als auch in einer Volksabstimmung akzeptiert werden können.

Ziel muss es sein, die Teilnahme der Schweiz am EU-Binnenmarkt mit präzisen völkervertraglichen Mechanismen sicherzustellen. Denk- und wünschbar wäre ein gegenseitiger Notenaustausch oder Briefwechsel zwischen dem Bundesrat und der EU-Kommission über die Auslegung und Anwendung einzelner unklarer und umstrittener Bestimmungen des InstA. So könnten etwa – wie von der FDP gefordert – die integrale Übernahme der Unionsbürgerrechtlinie ausgeschlossen und das schweizerische System der Sozialpartnerschaft ausdrücklich anerkannt werden.

Alain Bai, Gemeinderat Muttens (Kanton BL)
Assistent und Doktorand an
der Juristischen Fakultät der Universität Basel



Aus Liebe zum Menschen

Moderator und Pflegefachmann

Als 16-Jähriger erreichte Sabir Semsî mit dem von ihm lancierten Projekt «Radio Sek Romanshorn 3» überregionalen Bekanntheitsgrad. Obwohl auch heute noch an verschiedenen Anlässen als Moderator im Einsatz, hat der Romanshornener beruflich einen anderen Weg gewählt. Als diplomierter Pflegefachmann HF betreut der 23-Jährige im Spital Münsterlingen auch schwer erkrankte Corona-Patienten.

Sein Interesse an den Menschen, sein Tatendrang, sein gewinnendes Auftreten und seine Kommunikationsfähigkeit zeichneten Sabir Semsî schon immer aus. Mit seinem Projekt «Radio Sek Romanshorn 3» überzeugte er den Schulleiter, beschäftigte 35 Schülerinnen und Schüler und wurde überregional bekannt. Sogar die damals amtierende Miss Schweiz Dominique Rinderknecht konnte der 16-Jährige für einen Liveauftritt gewinnen.

Den Traumberuf ergriffen

In seiner Freizeit steht Sabir Semsî gerne als Moderator im Einsatz und schreibt Kolumnen. Doch nie hat er bereut, sich beruflich für einen anderen Weg entschieden zu haben. «Für mich war lange vor der dritten Oberstufe klar, dass ich «Fachmann Gesundheit» werden wollte. Aus Liebe zum Menschen», betont er. Ganz bewusst habe er den Aus-

bildungsplatz bei der Spitex in Romanshorn angenommen. «Ich wollte Menschen aus meiner Nähe betreuen und Verantwortung übernehmen.» Angehtan von seinem Beruf absolvierte er im Anschluss an seine dreijährige Berufslehre die höhere Ausbildung zum Pflegefachmann HF. Sein Diplom erhielt er freitags, seine Stelle am Spital Münsterlingen trat er am folgenden Montag an. «Ich wollte nach der Theorie schnellstmöglich praktisch arbeiten», erinnert er sich.

An schwierigen Aufgaben wachsen

Nicht zu wissen, was noch folge, aber auch die Gewissheit, dass die von ihm betreuten Corona-Patienten in einer sehr schwierigen Situation sind und in dieser für sie sehr belastenden Zeit keinerlei persönliche Kontakte pflegen können, sei auch für das Spitalpersonal keine einfache Situation. «Aber ich

sehe es auch als Chance, um weiter zu wachsen», so der Romanshornener. Er spüre sehr viel Dankbarkeit, und es gebe Glücksmomente. «Als ich kürzlich einem zuvor schwer erkrankten Corona-Patienten im Abschlussgespräch die Richtlinien für die Heimisolation erklären durfte, empfand ich eine riesige Genugtuung.» Sein Fachwissen und seine Empathie für die Menschen helfen ihm. Aber auch seine Kommunikationsfähigkeit und sein gewinnendes Lachen, welche auch in seinem Hobby als Moderator wichtig sind, sind derzeit sehr wertvoll. Denn die an Covid-19 erkrankten Patientinnen und Patienten bekommen ausschliesslich Pflegenden in voller Schutzmontur zu Gesicht. «Emotionen können wir nur mit unserer Stimme von uns geben.»



Fasziniert von der Politik

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind ihm wichtig. «Es ist für mich manchmal schockierend, wie wenig sich die Leute für die Dorfpolitik interessieren und wie fahrlässig mit demokratischen Rechten umgegangen wird.» Obwohl Sabir Semsî aufgrund der aktuellen Lage kaum Zeit für seinen Wahlkampf hatte, schaffte der 23-Jährige bei den Kantonsratswahlen 2020 bereits ein beachtliches Resultat. Weitere Aktivitäten in der Politik schliesst der Thurgauer nicht aus. «Wenn es mein Beruf zulässt, werde ich sicher öffentliche Aufgaben übernehmen.» Vorerst hofft das Vorstandsmitglied der FDP Romanshorn, dass die aktuelle Krise rasch und gut gemeistert werden kann und dass dem Gesundheitswesen in der Schweiz die nötige Beachtung geschenkt wird. «Wir dürfen es nicht so weit wie andere Länder kommen lassen und müssen unbedingt dafür sorgen, dass wir auch künftig genügend Personal in den Pflegeberufen haben.»

Marie-Theres Brühwiler

Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Thurgau



FDP hält Versprechen

Freisinnige Umwelt- und Klimapolitik in vollem Gange

Die FDP hat im Wahljahr das Versprechen abgegeben, ihre Umwelt- und Klimapolitik zu stärken. Sie hat eine Politik bestehend aus Eigenverantwortung, Innovation und Lenkung beschlossen und dazu ein kontroverses Positionspapier verabschiedet. Gut ein Jahr nach der Lancierung dieses Prozesses kann eine erste Bilanz gezogen werden. Das Ergebnis kann sich sehen lassen, und wir kommen klar zum Schluss: Die FDP hält ihr Versprechen.

Wir tragen speziell in der Klimapolitik gegenüber den nachfolgenden Generationen eine grosse Verantwortung – Nichtstun ist keine Option! Wir setzen uns darum für eine griffige, freisinnige Umwelt- und Klimapolitik ein und haben unsere Leitlinien im Positionspapier vom Juni 2019 basisdemokratisch festgelegt. Das Positionspapier hat im Wahljahr viel Staub aufgewirbelt und zu kontroversen Diskussionen innerhalb und ausserhalb der FDP geführt. Dieser Diskurs war nötig, um aufzuzeigen, dass die FDP sich dieses Themas ernsthaft annimmt und auch in Zukunft eine zentrale, gestaltende Rolle in der Umwelt- und Klimapolitik einnehmen will und wird.

Gut ein Jahr nach der Lancierung dieses Prozesses ziehen wir nun eine erste Bilanz. Sie soll zeigen, was bisher erreicht wurde und ob wir als FDP unsere Versprechen eingehalten haben oder nicht.

Gezielte Massnahmen für den Klimaschutz im CO₂-Gesetz

Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Totalrevision des CO₂-Gesetzes. Nur mit einer mehrheitsfähigen Vorlage kommen wir der Umsetzung des Pariser Klimaübereinkommens näher, das die Schweiz ratifiziert hat und hinter dem auch die FDP klar steht.

Nachdem wir bereits im Ständerat im Herbst 2019 unsere Forderungen aus dem Positionspapier erfolgreich haben einfließen lassen, konnten wir in der nationalrätlichen Umweltkommission (UREK-N) entscheidend darauf hinwirken, dass die Massnahmen zugunsten des Klimaschutzes weiter optimiert werden.

So sollen die Mittel aus dem Klimafonds stärker durch das Parlament kontrolliert und anhand von Effizienzkriterien gezielter eingesetzt werden, beispielsweise für die Forschung und Entwicklung insbesondere im Flugverkehr. Ebenfalls dank der FDP konnte die kurzfristig im Ständerat eingebrachte Privatflugabgabe korrigiert werden, sodass die Business-Jets gezielter in die Pflicht genommen werden. Entscheidend war die FDP in der Mehrheitsfindung bei den nationalen CO₂-Grenzwerten für den Gebäudebereich. Damit wird der föderale Aufbau stärker respektiert, ohne gleichzeitig die ambitionierten Zielwerte zu torpedieren. Zentral für den wichtigen Beitrag der Wirtschaft ist die erreichte Mehrheit zugunsten der Ausweitung der Zielvereinbarungssysteme auf alle Unternehmen. Diese Erfolge sind nur zustande gekommen, weil die FDP sich sehr aktiv in der Kommissionsarbeit eingebracht hat. Sobald der reguläre Sessionsbe-

trieb wieder aufgenommen wird, muss der Nationalrat diese gute Vorlage rasch verabschieden, damit wir in der Klimapolitik bis 2030 einen ambitionierten und umsetzbaren Plan haben.

Erfolgreiche Vorstösse im Parlament

Neben dem CO₂-Gesetz gibt es aber selbstverständlich noch viele weitere Brennpunkte, die in der Umwelt- und Klimapolitik angegangen werden müssen. Dazu hat sich die FDP in den vergangenen Monaten über mehrere Vorstösse im Parlament eingebracht. Und die Bilanz dieser Vorstösse spricht für sich. Von den 21 Vorstössen, die bereits behan-



Susanne Vincenz-Stauffacher

delt wurden, wurden nur drei Vorstösse abgelehnt. Diese hohe Erfolgsquote ist nicht selbstverständlich und zeigt, dass wir mit unseren Forderungen aus dem Positionspapier mehrheitsfähige Lösungen vorgeschlagen haben, die auch einen Grossteil des Parlamentes überzeugen. So konnten wir z.B. im Bereich Natur- und Gewässerschutz zwei wichtigen Vorstössen bezüglich Littering und Schutz vor Plastikmüll zur Annahme verhelfen. Ebenfalls erfolgreich war die FDP bei der Thematik Fernwärme- und Fernkälte-Infrastruktur, um das Potenzial besser auszunutzen. Speziell erwähnenswert sind zudem sicherlich die erfolgreichen Vorstösse im Bereich Kreislaufwirtschaft. Dabei liegt der Fokus vor allem auf der Deregulierung, um das Innovationspotenzial in diesem Bereich zu nutzen. Zu guter Letzt zeigen die Vorstösse der FDP im Bereich der nachhaltigen Finanzbranche, dass auch dort viel Potenzial für mehrheitsfähige Lösungen vorhanden ist.

Positive Bilanz

Das Ergebnis des Positionspapiers und der daraus erarbeiteten politischen Massnahmen kann sich sehen lassen. Sowohl bei den bundesrätlichen Vorlagen wie auch bei den Einzelvorstössen sind die Forderungen der FDP von Erfolg gekrönt. Sie zeigen aber vor allem eines: Die FDP hält ihr Versprechen aus dem Wahljahr 2019 ein.

Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin SG



Update zur Renteninitiative

Anfang Juni geht die Unterschriftensammlung weiter

Wegen Corona steht vorerst auch das Sammeln von Unterschriften für die jungfreisinnige Renteninitiative still. Umso wichtiger deshalb, dass der Prozess auch mit Ihrer Unterstützung bald mit voller Kraft weitergehen kann.

Vor knapp drei Wochen hat der Bundesrat die ausserordentliche Lage ausgerufen. Seitdem steht nicht nur die Wirtschaft nahezu still. Auch sämtli-

che politischen Grossaktionen sind verboten worden. Namentlich bleibt es vorerst untersagt, bis Ende Mai 2020 Unterschriften für eidgenössische

Volksbegehren zu sammeln. Hiervon ist auch unsere Renteninitiative betroffen. Dafür wurden aber die Sammelfristen entsprechend verlängert.

Wir bleiben motiviert am Ball

Wir Jungfreisinnige haben in den letzten Monaten vieles für unsere Initiative getan: So waren wir einerseits bemüht, weitere Gelder für unser Projekt einzuwerben – eine Initiative ist gerade in finanzieller Hinsicht ein wahrer Kraftakt. Andererseits haben wir all unsere Sektionen mobilisiert und fleissig Unterschriften gesammelt. Stand heute gehen wir davon aus, dass wir bis Ende Jahr rund 90 000 Unterschriften gesammelt haben werden.

Die Zwischenzeit bis Ende Mai 2020 nutzen wir, um die bisherigen Bemühungen Revue passieren zu lassen und den künftigen Handlungsbedarf zu skizzieren. Die Unterschriftensammlung soll nämlich am 1. Juni 2020 geradewegs weitergehen!

Ihre Unterstützung zählt

Wir sind froh, dass die FDP.Die Liberalen unsere Initiative aktiv unterstützt. Es ist an der Zeit, dass die Forderung nach einer moderaten Erhöhung des Rentenalters bzw. einer nachhaltig finanzierten AHV endlich auf die nationale Politagenda gebracht wird. Umso wichtiger ist es, dass wir alle an einem Strick ziehen und Unterschriften für die Renteninitiative sammeln!

Helfen Sie bitte mit, unsere Initiative ab dem 1. Juni 2020 tatkräftig zu unterstützen. Wir brauchen Sie! Gemeinsam können wir die nötige Anzahl Unterschriften sammeln.

Matthias Müller
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Der Einfluss der Corona-Krise auf die AHV/IV

Das Defizit der AHV wächst kontinuierlich: 2019 wurden 1,2 Mrd. Franken mehr AHV-Beiträge ausbezahlt als eingenommen. Damit ist das AHV-Umlageergebnis zum sechsten Mal in Folge negativ. Nur dank eines positiven Anlageergebnisses des AHV-Ausgleichsfonds beläuft sich das AHV-Betriebsergebnis auf (plus) 1,7 Mrd. Franken. Der Druck auf die AHV nimmt damit aber nicht ab, im Gegenteil: Nicht nur leidet die AHV unter den Einbrüchen bei der Umlagefinanzierung. Die Corona-Krise verschärft die ganze Situation zusätzlich. Auch die IV leidet darunter.

Höhere Arbeitslosenzahlen

Die Corona-Krise hinterlässt deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt. So stieg die Arbeitslosenquote von 2,5 Prozent im Februar 2020 auf 2,9 Prozent im März 2020. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöh-

te sich die Arbeitslosigkeit um rund 20 Prozent. Das trifft die AHV hart, denn aufgrund der Umlagefinanzierung stammt ein wesentlicher Teil ihrer Erträge aus den laufenden Lohnbeiträgen, die jetzt wegbrechen. Weil nun eine globale Rezession erwartet wird, ist damit zu rechnen, dass die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen wird. Die Defizite der AHV werden deshalb stärker zunehmen.

AHV-Reform

Vor diesem Hintergrund wäre eine Reform notwendig, die Zusatzeinnahmen und – bestenfalls – strukturelle Massnahmen vorsieht. In seiner Botschaft zur Stabilisierung der AHV ans Parlament schlägt der Bundesrat die Angleichung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,7 Prozentpunkte vor. Diese Massnahmen führten zwar zu Einsparungen. Diese fal-

len im Ergebnis aber nicht wirklich hoch aus, weil ein Grossteil für soziale Abfederungen gebraucht werden soll. Zudem ist aufgrund der Corona-Krise ungewiss, wann das Parlament die Vorlage beraten und darüber abstimmen kann.

IV schreibt ebenfalls rote Zahlen

Das Defizit 2019 der IV betrug 383 Mio. Franken. Nur dank der Performance an den Finanzmärkten erreichte der IV-Ausgleichsfonds ein Ergebnis von 407 Mio. Franken. Am Schluss bleibt deshalb ein IV-Betriebsergebnis von (plus) 24 Mio. Franken. Die Schulden der IV bei der AHV belaufen sich aber weiterhin auf rund 10 Mrd. Franken; viel Geld, auf das die AHV dringend angewiesen wäre. Da die IV auch umlagefinanziert ist, leidet sie wie die AHV besonders unter einem Rückgang der Lohnbeiträge.

Homeoffice

Auch nach Corona eine Option

Die Förderung von Arbeit im Homeoffice ist ein wichtiges Anliegen der FDP. Ausgerechnet wegen des Coronavirus arbeitet ein grosser Teil der Bevölkerung wochenlang von zu Hause aus – ob freiwillig oder unfreiwillig. Das könnte auch eine Chance sein.

Unbestritten: Das Coronavirus bringt viel Leid und enorme Herausforderungen mit sich. Doch in manchen Krisensituationen liegen auch Chancen. Corona zwingt uns, unseren Alltag anders zu organisieren, vermehrt digitale Mittel (z.B. Videokonferenzen) zu nutzen und bisherige Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen – so etwa, warum viele von uns im bisherigen Alltag jeden Tag zur «Rush-Hour» in den Zug stiegen, um zur Arbeit zu pendeln oder eine Sitzung abzuhalten. «Natürlich kön-

nen und wollen nicht alle ihre Arbeit und ihre Termine von zu Hause aus erledigen», sagt Hans-Jakob Boesch, Präsident der FDP Kanton Zürich. «Aber diese Ausnahmesituation zeigt uns, was heute alles auf digitalem Weg gemacht werden kann. Darauf sollten wir in Zukunft aufbauen, denn es kann unser Leben klar erleichtern.»

Weniger Stau, bessere Work-Life-Balance

Auch Ständerat Damian Müller schätzt Homeoffice:



Gina Zehnder kurz vor einer Videokonferenz.

«Natürlich fehlen mir die sozialen Kontakte. Aber wir können auch Positives in die Zukunft mitnehmen. Wenn wir mehr im Homeoffice arbeiten, können wir Arbeitswege einsparen und so Strassen, ÖV und Umwelt entlasten. Und wir haben mehr Zeit für Familie und Freunde.» Gina Zehnder, Geschäftsführerin der FDP Kanton Basel-Landschaft, sagt: «Neben der Arbeit für die FDP mache ich ein Doktorat und kann so flexibel einteilen, wann ich doktore und wann ich arbeite. Das fördert die Effizienz. So bringt Homeoffice Vorteile für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.» Nicht zuletzt kann Homeoffice helfen, die Balance zwischen Arbeit und Privat- bzw. Familienleben zu verbessern. In diesem Sinne bringt Corona zwar vorübergehend schmerzhaft Einschnitte in die Freiheit aller mit sich, zeigt aber auch auf, wie wir die Chancen von Fortschritt und Digitalisierung nutzen können, um die persönliche Freiheit in Zukunft noch zu steigern.



Damian Müller bei der Kommissionarbeit im Homeoffice.



«Homeoffice ist auch nach Corona eine Option», so Hans-Jakob Boesch.

Digitaler Stammtisch 🍺 💬

Alle Stammtisch-Termine auf unserer Website, laufend aktualisiert

Herausgeberin/Redaktion/Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout:

CH Regionalmedien AG | www.chregionalmedien.ch

Druck:

CH Media Print AG | www.chmediaprint.ch



FDP

Die Liberalen
Thun Nord

Kaliforni

Flugplatz
Thun

Thun-Süd

Steffisburg

Thun

Schwendibach

Goldiwil

Grüsisberg
950 m

SAVE THE DATE

Nationale FDP-Sternwanderung

Freisinniger Wandertag mit FDP-Parlamentarier und Parlamentarierinnen.

29. August 2020

Treffpunkt: Region Thun

Zwischen 08:30 Uhr und 10:00 Uhr, Beginn der Wanderung
Ab 12:00 Uhr Eröffnung des Festbetriebs
16:00 Uhr, Ende

www.fdp.ch

Durchführung des Wandertags mit Vorbehalt infolge Coronavirus-Situation.